

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/021(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 23.05.2006	Städtische Volkshochschule Leiterstr. 9, Raum 200	17:15Uhr	19:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.04.06
- 4 Anfragen und Mitteilungen
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Eckwertebeschluss für den Haushalt 2007
- 6 Anträge
- 6.1 Antrag Initiative "Ehrenamt in der Schule"
Vorlage: A0065/06
- 6.1.1 Antrag Initiative "Ehrenamt in der Schule"
Vorlage: A0065/06/1
- 6.1.2 Antrag Initiative "Ehrenamt in der Schule"
Vorlage: S0078/06
- 7 Genehmigung von Sekundarschulen

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Gunter Schindehütte

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gerhard Heint i. V. für SR Heynemann

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Jens Rösler

Sachkundige Einwohnerin Sabine Wölfer

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Beratende Mitglieder

Stadtrat Thorsten Giefers

Stadtrat Michael Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit mit 6 SR/SR'n hergestellt ist. SR Dr. Schmidt und SR Giefers sind entschuldigt, für SR Heynemann ist SR Heinl anwesend.

2. Bestätigung der Tagesordnung

SR'n Dr. Hein bittet um Ergänzung der Tagesordnung um den TOP „Genehmigung von Sekundarschulen“.

Die Tagesordnung wird in geänderter Form (Zusatz TOP 7) mit dem Abstimmungsergebnis **5 : 0 : 1** bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.04.06

Die Niederschrift der Sitzung vom 25. April wird mit dem Abstimmungsergebnis **5 : 0 : 1** bestätigt.

4. Anfragen und Mitteilungen

- SR Müller stellt 2 Anfragen an die Verwaltung. Die erste Anfrage betrifft die Sporthalle Othrichstraße und resultiert aus einer GWA-Sitzung des Neustädter Feldes. Er möchte die Belegungspläne dieser Halle einsehen.
Herr Krüger, FBL 40, führt an, dass diese Sporthalle keine Kernsportstätte ist und durch diverse Vereine ausgelastet wird. Seitens der Verwaltung wird angedacht, die Sporthalle einem Verein zu übertragen; das gestaltet sich schwierig, wenn einige andere Vereine die Halle ebenfalls nutzen. Da die SG Stahl-Nord einen neuen Standort sucht (gem. Ausführungen in der letzten Sitzung), wird dies in die Überlegungen einbezogen; Zeitpunkt und Finanzierung sind jedoch völlig offen.

Die zweite Anfrage des SR Müller bezieht sich auf die Entwicklung der 4 kommunalen Gymnasien in der Stadt. In einer Bürgersprechstunde wurde zum W.-Raabe-Gymnasium erfragt, wie die Absicherung der Leistungskurse erfolgen soll.

Herr Krüger: Im Kultusministerium erfolgte eine Beratung mit den Schulleitern des Scholl- und des Raabegymnasiums. Die beiden Gymnasien werden wie das Kant- und das Hegelgymnasium zusammengeführt; das Raabegymnasium wird im Jahr 2007 geschlossen.

Herr Sengstock, FDL 40, fügt an, dass lt. Landesverwaltungsamt und MK die Schließung der Gymnasien (Raabe/Humboldt/OvG) vorgezogen werden soll.

Der FB 40 hat im W.-Raabe-Gymnasium mit den Eltern ein Gespräch ohne Teilnahme des LVwA durchgeführt.

Die aufnehmenden Standorte können nicht alle „restlichen“ Schüler aufnehmen, so dass 2007 der Standort Raabegymn. für ein Jahr als Außenstelle weitergeführt wird.

Im nächsten Jahr werden die Gymnasien Humboldt und OvG schließen, danach erfolgt der Anschluss an das A.-Einstein-Gymnasium (evtl. auch mit einer Außenstelle).

SR Löhr vermutet, dass 4 zukünftige kommunale Gymnasien für die Stadt nicht ausreichend sein werden.

Herr Krüger: Das 4. kommunale Gymnasium wird 2005 vierzünftig sein; im Süden der Stadt wird es 1 Gymnasium geben.

Aus Sicht des stellv. Vors. des STER, Herr Dr. Hentrich, ist hinsichtlich der von SR Canehl angesprochenen Zusammenlegung der Gymn. OvG, Humboldt und Einstein die personelle Besetzung unbefriedigend, da zzt. noch kein verantwortlicher Schulleiter eingesetzt ist. Ausschussmitglieder und Verwaltung einigen sich darauf, in dieser Angelegenheit ein Schreiben, das von der Verwaltung vorbereitet wird, an das Landesverwaltungsamt zu richten.

- SR Schindehütte gibt zur Kenntnis, dass die Öffnungszeiten der Schulsporthallen in den Ferien bemängelt worden sind. Herr Krüger verweist hier auf die Steuerung durch die Verwaltung und betrachtet die jetzige Regelung als ausreichend; nicht jeder Verein könne ‚seine‘ Sporthalle haben.
- SR Schindehütte erfragt den Stand der IZBB-Maßnahmen (GS Lindenhof, Sek. Weitling, Sek. Müntzer). Herr Krüger teilt mit, dass bisher keine Fördermittelbescheide vorliegen, jedoch demnächst erwartet werden. Ein Baubeginn ist 2006 möglich und der Übergabetermin wird voraussichtlich eingehalten.
- SR'n Dr. Hein erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand des Antrages zur Schülerbeförderung. Herr Krüger verweist auf die noch ausstehende Antwort der ARGE sowie fehlendes Zahlenmaterial.
SR Heinl vermutet eine geringere Zahl der anspruchsberechtigten Schüler im Berufsschulbereich.
Der Ausschussvorsitzende wird diesen TOP auf die Tagesordnung BSS setzen, wenn konkrete Zahlen vorliegen.
- SR Löhr gibt den Ausschussmitgliedern einen Brief von Schülern der Comeniusschule bekannt, der ihn mit der Bitte um Unterstützung erreichte. Die Schülerinnen und Schüler befürchten ‚abgestempelt‘ zu werden, da auf dem Eingangsschild zu ihrer Schule der Zusatz „Schule für Lernbehinderte“ steht. Sie beantragen die Ausschilderung nur mit dem Schulnamen „Comeniusschule“ oder mit der zusätzlichen Bezeichnung „Förderschule“.
SR Löhr hat der Schule die Behandlung des Anliegens im Gremium „Jugend im Stadtrat“ vorgeschlagen.
Herr Krüger weist auf die Regelung im Schulgesetz hin (Förderschule L).
SR Schindehütte wird sich mit einer diesbezüglichen Nachfrage an das LVWA wenden.
- Zur Frage des SR Löhr nach einer Leihgebühr für Schulbücher erklärt Herr Dr. Hentrich, dass hier die Bedürftigkeit der Schüler ausschlaggebend ist.
- SR Löhr informiert über eine am gleichen Tage stattfindende Versammlung zum Thema „Förderung von Begabten“. Nach Auskunft des SR Schindehütte existiert ein Antrag zu diesem Thema, der noch zu beantworten ist. Eltern haben angeregt, eine Schule für Hochbegabte zu gründen. Nach Kenntnis der SR'n Dr. Hein wollen die betroffenen Eltern keine gesonderte Schule.
SR Schindehütte regt an, Betroffene zu einer Ausschusssitzung einzuladen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Eckwertebeschluss für den Haushalt 2007

Zur Behandlung der Beschlussvorlage sind vom FB 02 Frau Jürgens und Frau Trautwein anwesend.

Frau Jürgens bringt die DS für den Teil des Budget 4 (Bildung, Sport und Kultur) ein. Die Basis des Budgetrahmens bildet das Budget für 2006 (benannt in Anlage 4). Im Vorfeld wurde vom FB 02 auf fehlende Einnahmen aufmerksam gemacht.

Zum Vermögenshaushalt geht Frau Jürgens auf die Investitionsprioritätenliste ein mit dem Stand 11.04.06 (Anl. 4).

SR Schindehütte gibt zur Kenntnis, dass der Finanzausschuss dem Gesamtrahmen des Eckwertebeschlusses zugestimmt hat und bereits 2 Änderungsanträge vorliegen.

Zu den nachgefragten Einsparungen im FB 40 führt Herr Krüger an, dass sich z. B. die Anzahl der Schülerfahrkarten trotz sinkender Schülerzahlen auf Grund von Schulschließungen und daraus resultierenden längeren Schulwegen nicht verringern wird, des Weiteren sind steigende Schülerversicherungen einzuplanen. Mindestens ist auch die Bauunterhaltung an den Schulen und Sportstätten durchzuführen.

Hinsichtlich der Frage der SR'n Dr. Hein zum SR-Antrag Schülerbeförderung erläutert Herr Krüger, dass nur für das Jahr 2006 21.000 EUR dem Haushalt zugeführt wurden.

SR Canehl spricht sich dafür aus, statt umfangreicher Straßenbaumaßnahmen mehr Investitionen für Schulen zu planen; hier sollten im Finanzausschuss und Stadtrat die Prioritäten anders gesetzt werden.

SR Schindehütte fragt, aus welchem Grunde in der DS keine Brandschutzmaßnahmen für Schulen ausgewiesen sind (Anl. 3). Herr Krüger verweist auf die geplanten PPP-Maßnahmen, von 20 PPP-Objekten wurden in 11 Objekten noch keine Brandschutzmaßnahmen durchgeführt.

SR Canehl schlägt eine Antragstellung seitens des Ausschusses vor zu der von ihm in der letzten Sitzung nachgefragten Möglichkeit des Anbringens schallabsorbierender Unterdecken in der IGS „W. Brandt“. Er gibt hierzu ein Schreiben des KGM zur Kenntnis.

Die Ausschussmitglieder schließen sich diesem Vorschlag nicht an.

Nach Ansicht der SR'n Dr. Hein gehört ein diesbezüglicher Antrag nicht in die Beratung zum Eckwertebeschluss, sondern müsste mit der Beschlussvorlage Haushaltsplanung beraten werden.

Der sachk. Einw. Herr Rösler zeigt die Möglichkeit auf, in der Stadtratssitzung z. B. für geplante Straßenausbaumaßnahmen eine Umlenkung in Schulbaumaßnahmen zu beantragen.

Der Ausschussvors. bittet die Vorschläge in den Fraktionen zu überdenken und entsprechende Anträge zu stellen.

Vom Ausschuss BSS wird die DS 0129/06 **zur Kenntnis genommen.**

6. Anträge

6.1. Antrag Initiative "Ehrenamt in der Schule" Vorlage: A0065/06

Hinweis: ab 18.45 Uhr sind noch 5 stimmberechtigte SR/SR'n anwesend.

Als Einbringer des Antrages geht SR Schindehütte kurz auf das Anliegen ein und gibt die beantragte Ergänzung lt. Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Kenntnis.

Nach Auffassung des SR Löhr ist die Antragstellung überflüssig, da im Schul- und Sportbereich schon immer ehrenamtliche Tätigkeiten geleistet werden, beispielsweise im Bibliothekswesen. Er hält eine zweite Anlauf- und Beratungsstelle für nicht erforderlich.

Nach Ansicht des stellv. Vors. des STER, Herr Dr. Hentrich, sollte die Initiative ganzheitlich betrachtet werden. Es gibt Ehrenämter, die nicht genannt wurden, wie z. B. die der Schulleiternvertreter.

SR'n Dr. Hein erscheint der Antrag nicht hilfreich und die Stellungnahme der Verwaltung unzureichend. Sie schlägt vor, die Freiwilligenagentur etwa in einem Jahr in den Ausschuss einzuladen, um Einsicht in die bis dahin geleistete Arbeit und erreichten Ergebnisse zu erhalten.

Der FBL 40 legt dar, dass die Arbeit des Stadtelterrates auf Grund der Regelung über das Schulgesetz nicht Bestandteil der Stellungnahme ist und die Freiwilligenagentur für den FB 40 als Ansprechpartner gesehen wird.

Herr Dr. Hentrich: Der Begriff ‚Ehrenamt‘ sollte nicht vermischt werden; freiwillige Arbeit leisten und ehrenamtlich tätig sein sei anders zu bewerten als ein Ehrenamt innezuhaben.

SR Schindehütte merkt zur Antragstellung an, dass die Freiwilligenagentur nicht alle Aufgaben übernehmen könne und eine schulfachliche Begleitung erfolgen müsse.

Abstimmungsergebnis zum A 0065/06: **1 : 4 : 0**

6.1.1. Antrag Initiative "Ehrenamt in der Schule"
Vorlage: A0065/06/1

Der Änderungsantrag ist zusammen mit dem A 0065/06 behandelt worden.

6.1.2. Antrag Initiative "Ehrenamt in der Schule"
Vorlage: S0078/06

Die Stellungnahme der Verwaltung S 0078/06 wird **zur Kenntnis** genommen.

7. Genehmigung von Sekundarschulen

SR'n Dr. Hein informiert den Ausschuss über eine erhaltene Information aus der Sek. „G. W. Leibniz“, wonach die Schule für das kommende Schuljahr auf Grund geringer Schülerzahlen lt. Schulgesetz keine 5. Klasse bilden kann und daher evtl. nicht mehr genehmigungsfähig sein wird. Gemäß Verordnungslage entscheidet das Landesverwaltungsamt über die Bildung von Eingangsklassen der Schulen der Sekundarstufe I. Für Mehrfachstandorte wie Magdeburg ist dies eine schwierige Lage. Die Sek. Leibniz ist die einzige in der Stadtmitte gelegene Schule. SR'n Dr. Hein schlägt vor, seitens des Ausschusses BSS eine Ausnahmeregelung für diese Schule zu beantragen.

Herr Krüger, FBL 40, erklärt, dass die Anzahl der Schüler nach der genannten VO für die Sek. Leibniz sowie für die Sek. Oskar Linke nicht ausreichend sind. Für die Bildung von 5. Klassen ist eine Mindestschülerzahl von 40 vorgeschrieben, die in beiden Fällen nicht erreicht wird. Im vorigen Jahr ist eine Ausnahmegenehmigung erteilt worden, dieses Jahr wurden für 8 Schulen aus dem Sekundarschulbereich Ausnahmeregelungen beantragt. Er informiert über durchgeführte Beratungen hierzu mit dem Kultusministerium. Das Ergebnis dieser Beratungen bietet keine Alternative für die beiden Schulen; die 8 genehmigten Ausnahmen können für die Stadt MD als Erfolg gewertet werden. Der FB 40 hatte die zuständigen Dezernenten des LVwA für die Sek. Leibniz und die Sek. Linke zu einem Gespräch eingeladen.

Herr Sengstock, FDL 40, ergänzt, dass Bezugspunkt die zuführenden Schulen und damit die Einzugsbereiche sind.

SR'n Dr. Hein bittet die Verwaltung um zügige Zusendung der Gesamtschülerzahlen an die Fraktionen. Sie kann nicht nachvollziehen, warum die Verwaltung hinsichtlich der vielen Ausnahmeregelungen für Schulen den Ausschuss in der letzten Sitzung nicht informiert hat. Herr Krüger äußert sich, dass im letzten Jahr die Begründung zur Genehmigung der Ausnahme der Sek. Leibniz durch das LVwA akzeptiert wurde und er in diesem Jahr ebenfalls davon ausgegangen ist. Für Schulen unter 40 Schüler können, müssen aber nicht Ausnahmegenehmigungen erteilt werden.

SR Löhr fragt, ob es sinnvoll erscheint, die Schuleinzugsbereiche so zuzuschneiden, dass für die Sek. Leibniz eine günstigere Ausgangslage entsteht; allerdings kann sich dies u. U. auf andere Schulen wiederum ungünstiger auswirken.

Nach Ansicht des FBL 40 führt das in jedem Fall zu Auswirkungen auf andere Sekundarschulen, es haben eben nur 30 % die Sekundarschule gewählt (sonst 35 %).

SR Schindehütte verweist abschließend auf die von der Verwaltung im September vorzulegende Drucksache zur Schulentwicklungsplanung.

Der FBL 40 weist darauf hin, dass weder Einzugsgebiete geändert noch eine Schule geschlossen wird und folglich keine DS erforderlich ist. Sollten in den Folgejahren die 40 Schüler nachgewiesen werden, hätte dies lt. MK keine Auswirkung auf die Genehmigungsfähigkeit.

- Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 13. Juni im Hansesaal des Rathauses statt.

gez. Schindehütte
Vorsitzender

gez. Grütznier
Schriftführerin

Hinweis: Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauf folgenden Sitzung.